

Sportpolitik

Jürgen Mittag

Die Sportpolitik der Europäischen Union befindet sich gegenwärtig in einer Phase der anhaltenden Ausdifferenzierung. Nicht nur die Zahl der staatlichen und verbandlichen Akteure, die sich politisch auf europäischer Ebene engagieren, sondern auch die Bandbreite der Themen und Problemfelder hat deutlich zugenommen. Besondere Beachtung wurde seitens der EU-Organen im Berichtszeitraum 2012/2013 der Bekämpfung der Schattenseiten und Fehlentwicklungen im Sport gewidmet.

Sport im Fokus der EU-Institutionen

Dies zeigt sich u.a. an den Aktivitäten der Europäischen Kommission, in deren Sportreferat seit Juni 2013 mit Yves le Losteque ein sporterfahrener EU-Beamter an die Spitze gerückt ist. Neben der erneuten Ausschreibung von „Vorbereitenden Maßnahmen im Bereich des Sports“ veröffentlichte die Europäische Kommission bereits im Oktober 2012 ein Arbeitspapier zum „Online-Glücksspiel im Binnenmarkt“, das dem Sport erhebliche Beachtung beimisst.¹ Erhebliche Aktivitäten entfaltete die Kommission auch im Hinblick auf die heikle Frage, unter welchen Voraussetzungen staatliche Beihilfen im Bereich des Sports und dessen Infrastruktur zulässig sind. Unverändert markiert die Vergabe von Studien ein wichtiges sportpolitisches Instrument der EU-Kommission. So wurden u.a. eine „Studie zu wirtschaftlichen und rechtlichen Aspekten von Spielertransfers“ und eine „Studie über die Anwendung der UEFA Homegrown Player Rule“ in Auftrag gegeben. Erhebliche Bedeutung wird zudem der für Ende 2013 erwarteten Evaluierung des bisherigen Arbeitsplans der Sportminister durch die Kommission beigemessen.

Seitens des Rats standen sowohl unter irischer als auch litauischer Ratspräsidentschaft die Aktivitäten der sechs sportbezogenen Arbeitsgruppen im Mittelpunkt. Die Verhandlungs- und Diskussionsergebnisse sind mittlerweile ebenso wie die Schlussfolgerungen der spezialisierten Arbeitsgruppen zu guten Teilen online abrufbar,² haben aber auch – u.a. während des EU-Sportforums in Vilnius im September 2013 – die Frage nach Reformen bei der Ausrichtung der Arbeitsgruppen hervorgerufen. Eigene Akzente setzte die irische Ratspräsidentschaft im Bereich der dualen Karriere von Athleten, der Anti-Doping-Aktivitäten und des Mandats für die EU-Kommission bei den Verhandlungen über ein internationales Übereinkommen des Europarates zur Bekämpfung der Manipulation von Sportergebnissen. Die litauische Ratspräsidentschaft beleuchtete demgegenüber beim informellen Treffen der EU-Sportminister im September 2014 vor allem die Rolle von Sportgroßveranstaltungen und die ökonomische Bedeutung des Sports.

Für das Europäische Parlament markierten auch im Rahmen der Sportpolitik die Haushaltsverhandlungen einen wichtigen Eckpunkt. Die Abgeordneten zeigten sich letztlich

1 Siehe präzisierend zur Mitteilung „Ein umfassender europäischer Rahmen für das Online-Glücksspiel“ auch http://ec.europa.eu/internal_market/gambling/docs/121023_online-gambling-staff-working-paper_en.pdf.

2 Siehe den Punkt B.2.4 unter http://ec.europa.eu/sport/library/consultation-and-co-operation_en.htm.

zufrieden, dass erstmals ein Sportkapitel mit eigenem Budget im künftigen EU-Programm für Bildung, Ausbildung, Jugend und Sport („Erasmus+“) verankert wird. Der Anteil des Sports beläuft sich dabei auf ca. 1,8% des Gesamtbudgets und umfasst während der siebenjährigen Förderperiode somit rund 238 Mio. Euro für Programmaktivitäten. Hoffnungen des organisierten Sports auf eine explizite Berücksichtigung des Sports im Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) wurden hingegen nicht erfüllt; der Sport ist auch in der künftigen Ausgestaltung nicht explizit erwähnt. Das Europäische Parlament hat sich in seinen Anhörungen und Entschließungen ebenfalls mit den Schattenseiten des Sports befasst. Am 14. März 2013 verabschiedete das Europäische Parlament eine Resolution zu Spielabsprachen und Korruption im Sport. Aufsehen erregte auch die Entschließung des Parlaments zu „Online-Glücksspielen im Binnenmarkt“, in der u.a. empfohlen wurde, Wetten auf Eckstöße, Freistöße, Einwürfe und gelbe Karten künftig zu verbieten.³

Regelmäßig entfalten auch die Aktivitäten des Gerichtshofs der Europäischen Union (EuGH) Bedeutung für die Sportpolitik. Besondere Aufmerksamkeit fand im Berichtszeitraum die Abweisung einer Klage von FIFA und UEFA zu den Übertragungsrechten der Fußballweltmeisterschaften und der EURO.⁴ Die EU-Mitgliedstaaten dürfen, so die Quintessenz des Urteils, weiterhin Listen von Spielen vorlegen, die frei im Fernsehen empfangen werden können und somit den Fußballverbänden verbieten, Endrundenspiele exklusiv im Bezahlfernsehen zu vermarkten.

Konfliktfelder der europäischen Sportpolitik

Im organisierten Sport, namentlich seitens der europäischen Kontinentalverbände, wird die verstärkte Auseinandersetzung der staatlichen Politik mit den Schattenseiten des Sports sensibel registriert und – wie das Beispiel des Financial Fair Play im Fußball zeigt – auf diese auch antizipierend reagiert. Während in Bereichen wie dem Kampf gegen Rassismus und Homophobie, in denen Strafen zum Teil erheblich verschärft wurden, umfassendere Aktivitäten entwickelt wurden, zeichnen sich bisher bei der Dopingbekämpfung oder dem Schutz jugendlicher Spieler eher Grenzen der verbandlichen Gestaltungsmöglichkeiten ab. Vor diesem Hintergrund ist mit weiteren sportpolitischen Kontroversen zu rechnen, zu denen der Sport selbst aber auch neue Impulse liefern kann: So geschehen mit der offiziellen Anerkennung des britischen Überseegebiets Gibraltar als 54. Vollmitglied des Europäischen Fußballverbands.

Weiterführende Literatur

Jens Alm (Bearb.): Action for Good Governance in International Sports Organisations, Kopenhagen 2013.

Jacob Kornbeck: Inspiration from Brussels? The European Union and Sport, Bremen 2013.

Henk Erik Meier/Borja Garcia: Abandoning hopes for veto power. Institutional options for sport governing bodies in the European Union, in: International Journal of Sport Policy and Politics 3 (2013), S. 421-443.

3 Siehe das EP-Dokument „Entwurf einer Entschließung des Europäischen Parlaments zu Online-Glücksspielen im Binnenmarkt“ (2012/2322(INI)).

4 Siehe die entsprechende Pressemitteilung des EuGH unter <http://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2013-07/cp130092en.pdf>.